

7.2. 29-01 2014

25.08-05

21.01.2014

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.4)

Frau Senatorin Prüfer-Storcks trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2014/84, betreffend

Novellierung des Hamburgischen Krebsregistergesetzes  
(HmbKrebsRG) vom 27.6.1984, zuletzt geändert am 17.2.2009, und  
notwendige haushaltstechnische Anpassungen innerhalb des  
Einzelplans 5,

vor, gibt eine Änderung in der Senatsmitteilung zur Niederschrift und bittet, folgende  
Änderungen in der Senatsdrucksache aufzunehmen:

- Unter dem Gliederungspunkt „III. Finanzierung und Auswirkungen auf den Haushalt“ lautet der letzte Satz im vorletzten Absatz wie folgt:  
„Die diesbezüglichen Änderungen im Haushaltsplan 2014 und in der Finanzplanung 2015-2017 sind in dem anliegenden Zahlenprotokoll (vgl. Anlage Einzelplan 5 – BGV/Zahlenprotokoll Krebsregister) dargestellt.“
- Im Gliederungspunkt „IV. Behördenabstimmung“ lautet der letzte Absatz neu wie folgt:  
„Die Finanzbehörde ist einverstanden“.

Des Weiteren bittet Frau Senatorin Prüfer-Storcks, das Petitum wie nachfolgend zu beschließen.



21.01.2014

Seite 2 (I.4)

Der Senat nimmt von den Ausführungen in der vorgelegten Drucksache Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

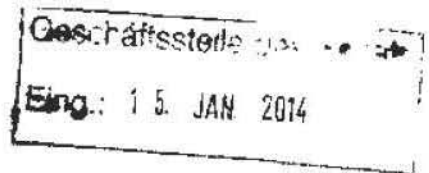
Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Berichterstattung:  
Senatorin Prüfer-Storcks  
Staatsrätin Badde

TOP 4  
J



Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2014/00084  
vom: 10.01.2014

**Novellierung des Hamburgischen Krebsregistergesetzes (HmbKrebsRG) vom 27.6.1984, zuletzt geändert am 17.2.2009, und notwendige haushaltstechnische Anpassungen innerhalb des Einzelplans 5**

**A. Zielsetzung**

1. Beantwortung der Bürgerschaftlichen Ersuchen 20/7076 und 20/7393,
2. Verbesserung der Qualität der onkologischen Versorgung und Ermöglichung der Evaluation organisierter Krebsfrüherkennungsprogramme in Hamburg durch den Aufbau einer flächendeckenden klinischen Krebsregistrierung ergänzend zu der bestehenden epidemiologischen Krebsregistrierung,
3. landesrechtliche Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und zur Qualitätssicherung durch klinische Krebsregister (Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz – KFRG) vom 3.4.2013,
4. kostenneutrale haushaltstechnische Umsetzung der veränderten, organisatorischen Anbindung des bestehenden epidemiologischen Krebsregisters sowie Verlagerung des bisherigen Titels 5300.547 01 "Realisierung eines klinischen Krebsregisters" innerhalb des Einzelplans 5 und Umsetzung erforderlicher, haushaltstechnischer Anpassungen zum Haushalt 2014.

**B. Lösung**

Änderung des Hamburgischen Krebsregistergesetzes und haushaltstechnische Anpassungen innerhalb des Einzelplans 5

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Für den Aufbau einer flächendeckenden klinischen Krebsregistrierung entstehen Investitions- und Umstellungskosten. Für den Betrieb entstehen laufende Kosten. Die Bundesländer tragen mit einem Anteil von zehn Prozent jeweils – neben der Deutschen Krebshilfe (Investitions- und Umstellungskosten) und den Trägern der Krankenversicherung (Betriebskosten) – zur Finanzierung bei.

Die im Haushalt 2013/2014 bereit gestellten Mittel (jeweils 500 Tsd. Euro<sup>1</sup>) werden, insbesondere für die ggf. notwendige Anschub- und Vorfinanzierung der Investitions- und Umstellungskosten und für anteilige Betriebskosten im Jahr 2014, auskömmlich sein. Investitionskosten für IT werden von der Finanzbehörde aus zentralen IT-Mitteln zur Verfügung gestellt. Die Konkretisierung der Betriebskosten ab 2015 erfolgt mit der Aufstellung der Haushalte 2015/2016.

<sup>1</sup> Einzelplan 5, Kapitel 5300, Finanzposition 5300 547 01

Die notwendigen haushaltstechnischen Anpassungen innerhalb des Einzelplans 5 erfolgen kostenneutral im Rahmen der veranschlagten Ressourcen

#### **D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Auswirkungen auf das Eigenkapital ergeben sich nicht. Die Investitionen für den Aufbau des Krebsregisters sind zu aktivieren und über die voraussichtliche Nutzungsdauer abzuschreiben. Die Abschreibungen mindern über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital. Der von der Deutschen Krebshilfe (DKH) getragene Anteil an den Investitionen ist als Sonderposten zu passivieren und entsprechend der Laufzeit des geförderten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufzulösen. Auf diese Weise werden die Abschreibungen zum Teil kompensiert. Die laufenden Betriebskosten stellen Aufwand dar, der über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH mindert. Etwaige Kostenerstattungen stehen diesen Aufwendungen als Erträge gegenüber.

#### **E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Die Deutsche Krebshilfe hat im Zuge des in Kraft getretenen Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes beschlossen, bundesweit 90 % der Investitions- und Umstellungskosten - maximal 7,2 Mio. Euro - zu übernehmen

Den gesetzlichen Krankenkassen entstehen Kosten durch die bundesgesetzlich vorgesehene fallbezogene Krebsregisterpauschale. Die Kosten für die nach § 65c Abs. 6 SGB V vorgesehenen Meldevergütungen sind noch zu konkretisieren. Den Unternehmen der privaten Krankenversicherung entstehen Kosten durch die zugesagte Erstattung von Fallpauschalen und Meldevergütungen.

In Bezug auf die meldepflichtigen Institutionen einschließlich des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf wird davon ausgegangen, dass die für die Dokumentationen und Meldungen der Leistungserbringer nach § 65c Abs. 6 SGB V vorgesehenen Meldevergütungen den zusätzlichen Aufwand auskömmlich entschädigen.

#### **F. Auswirkungen auf**

<input type="checkbox"/>	<b>Familienpolitik</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Klimaschutz</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bürokratieabbau</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Inklusion</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Gleichstellung</b>

#### **G. Alternativen**

Keine

#### **H. Anlagen**